

## Senatsantworten in der Fragestunde des Parlaments im März 2022

### Grünpflegebudgets im Zeichen der Klimaanpassung

#### Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

#### Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Bremer Senat die aktuellen Grünpflegebudgets für die bremischen Stadtteile hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels und des Rückgangs der Biodiversität?
2. Sind zukünftig Mittel für Entsiegelungs- und Begrünungsprogramme für öffentliche Flächen, zum Beispiel Plätze, Schulhöfe, Parkplätze, gegebenenfalls Verkehrsflächen, wie im Bericht der Klima-Enquete gefordert, vorgesehen?
3. Sind für Gestaltung und Pflanzenarten der Bremer Grünbereiche zukünftig grundlegende Änderungen, Stichwort Schwammstadt, notwendig, und wie ist eine ausreichende Finanzierung dafür abzusichern?

#### Antwort des Senats

**Zu Frage 1:** Für die Pflege der circa 800 ha öffentlichen Grünanlagen in Bremen stehen jährlich 5,84 Millionen Euro, für das Rahmengrün der Kleingartenanlagen 0,25 Millionen Euro, circa 70 ha, und für die circa 73 000 Straßenbäume circa 4,89 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem gesamten Budget kann die Grundpflege finanziert werden.

In 2021 wurden einmalig aus dem Bremen-Fonds 3,166 Millionen Euro für die Aufstockung der Pflege der öffentlichen Grünanlagen zur Verfügung gestellt.

Zudem wurde bei den Straßenbäumen in den beiden letzten Jahren bereits circa 4 Millionen Euro zusätzlich zum vorhandenen Budget für Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit nachbewilligt, da sich aufgrund der wachsenden Einflüsse des Klimawandels auf den Baumbestand, Trockenperioden, Sturmereignisse, Pilz- und Schädlingsbefall, ein großes Verkehrssicherungsproblem abzeichnete.

Auch im Hinblick auf die Biodiversität, zum Beispiel die Anlage von weiteren Blühflächen im Stadtgebiet stehen für die Jahre 2022 und 2023 jeweils zusätzliche 315 000 Euro für Blühflächen im Haushalt bereit. Die Auswirkungen des Klimawandels und den Rückgang der Biodiversität sind darin noch nicht unmittelbar berücksichtigt.

**Zu Frage 2:** Im Rahmen des Enquete Prozesses sind für Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen im öffentlichen Bereich Maßnahmen dargestellt. Über eine zur Umsetzung erforderliche höhere Mittelausstattung, die das Ressort im öffentlichen und privaten Sektor derzeit mit rund vier Millionen Euro in einen Zeitraum von sechs Jahren ansetzt, ist im weiteren Verlauf zu entscheiden.

**Zu Frage 3:** Neben einer geeigneten klimaangepassten Pflanzenauswahl, spielt insbesondere das Thema Wasser eine wichtige Rolle. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht haben sich die Anforderungen an den Umgang mit Niederschlagswasser geändert. Anders als bisher ist das Niederschlagswasser nicht mehr nur unterirdisch abzuleiten, sondern soll vor Ort bewirtschaftet werden. So kann dem Klimawandel mit zunehmenden Starkregenereignissen und Trockenperioden begegnet, der Gebietswasserhaushalt und ein angenehmes Lokalklima erhalten werden. Das Schwammstadt-Prinzip ist die logische Antwort auf diese Anforderungen. Vor diesem Hintergrund ist es bei allen städtebaulichen Planungen erforderlich, das Schwammstadtprinzip zukünftig in jedem Projekt mit abzubilden und daher Maßnahmen zum naturnahen Umgang mit Regenwasser nach Möglichkeit umzusetzen. Neben der Herstellung, die hier in der Regel kostengünstiger ist als bei Tiefbaumaßnahmen zur unterirdischen Ableitung, sind die Maßnahmen, wie unter anderem Versickerungsmulden und Baumrigolen langfristig zu pflegen und zu unterhalten.

### **Grundschule in der Gartenstadt Werdersee**

#### **Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE**

Wir fragen den Senat:

1. Hat der Senat auf der Grundlage der entsprechenden Beschlüsse von Senat und städtischer Deputation für Kinder und Bildung inzwischen die Projektgesellschaft Gartenstadt Werdersee, PGW, vertraglich mit dem Bau einer Grundschule beauftragt, und wann wurde dieser Vertrag abgeschlossen?
2. Haben die Bauarbeiten für die Grundschule bereits begonnen oder zu wann sollen sie aufgenommen werden?
3. Ist die Planung noch aktuell, dass die Grundschule Gartenstadt Werdersee zum Schuljahr 2023/2024 ihren Betrieb aufnehmen soll?

#### **Antwort des Senats**

**Zu Frage 1:** Die Anmietung einer Bildungsimmoblie für die Schule Gartenstadt Werdersee wurde am 28. September 2021 im Senat, am 7. Oktober 2021 in der Deputation für Kinder und Bildung und am 8. Oktober 2021 im Haushalts- und Finanzausschuss jeweils behandelt und beschlossen. Der Mietvertrag wurde mit dem Vermieter zwischenzeitlich von Immobilien Bremen geschlossen, ebenfalls wurde der Nutzungsvertrag mit der Senatorin für Kinder und Bildung geschlossen. Einen Bauauftrag gibt es nicht.

**Zu Frage 2:** Die Arbeiten für den Bau der Grundschule wurden vom Vermieter bereits aufgenommen. Die Erdarbeiten sind derzeit in der Ausführung.

**Zu Frage 3:** Es ist geplant, dass die Schule Gartenstadt Werdersee zum Schuljahr 2023/2024 den Schulbetrieb aufnimmt. Der Fertigstellungstermin ist jedoch abhängig von den aktuellen und den weiteren Entwicklungen der Marktlage im Baugewerbe. Zum jetzigen Stand liegen allerdings keinerlei Erkenntnisse über etwaige Verzögerungen vor.

### **Arbeitsmarktförderung in Bremerhaven**

#### **Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE**

Wir fragen den Senat:

1. Wie verteilen sich die staatlichen Mittel des Bremen-Fonds in den Programmen wie „Perspektive Arbeit für Frauen“, „Perspektive Arbeit für Menschen mit Migrationshintergrund“, Perspektive Arbeit für Bremerhaven, die Ausweitung der Jugendberufsagentur, die Ausbildungsverbünde, Kita-Modellprojekte sowie weitere Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung auf Maßnahmen in den Kommunen Bremen und Bremerhaven?
2. Wie bewertet der Senat diese Verteilung angesichts der besonderen arbeitsmarkt-politischen Herausforderungen in Bremerhaven?

#### **Antwort des Senats**

##### **Zu Frage 1:**

Grundsätzlich liegt der reguläre tradierte Anteil, den Bremerhaven innerhalb von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Landes bekommt, bei 30 Prozent der jeweiligen Gesamtmittel. Bei den fragten Landesprogrammen des Bremen-Fonds in den Bereichen Ausbildung und Beschäftigung von Arbeitslosen erhält Bremerhaven allerdings zum Teil bis zu 50 Prozent.

Im Einzelnen erhält Bremerhaven folgende Anteile:

- Im Landesprogramm „Perspektive Arbeit für Frauen“, in dem circa 30 geförderte Stellen in Kitas und Schulen für in der Corona-Pandemie arbeitslos gewordene Frauen geschaffen werden, erhält Bremerhaven 50 Prozent des Budgets von insgesamt 6 Millionen Euro.
- Im Landesprogramm „Perspektive Arbeit für Menschen mit Migrationshintergrund“ erhält Bremerhaven 40 Prozent des Budgets von insgesamt 4,07 Millionen Euro. Hier entstehen zusätzliche Stellen im öffentlichen Dienst für kürzlich arbeitslos gewordene Menschen mit Migrationshintergrund.
- Im Landesprogramm „Ausweitung der Angebote der Jugendberufsagentur“ erhält Bremerhaven 65 Prozent der insgesamt 1,025 Millionen Euro Gesamtmittel. Damit wird eine Aufstockung der Berufsorientierungskräfte an Schulen sowie Social-Media-Arbeit gefördert.
- Im Landesprogrammen „Digitalisierung von Aus- und Weiterbildungseinrichtungen“ erhält Bremerhaven 30 Prozent der insgesamt 1,75 Millionen Euro, mit denen die Umstellung auf digitale Unterrichtsdurchführung und E-Learning, Blended Learning sowie digitale Verwaltung unterstützt wird.
- Innerhalb des Landesprogramms „Fachkräfte für die klein- und mittelständischen KI-Unternehmen“ erhält Bremerhaven ebenfalls 30 Prozent der insgesamt 1 Million Euro, um zusätzliche Fachkräfte aus- und weiterzubilden.
- Im Sonderprogramm für Bremerhaven mit dem Titel „Perspektive Arbeit Bremerhaven“ geht das gesamte Budget in Höhe von 3 Millionen Euro an Bremerhaven. Damit werden 50 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen für langzeitarbeitslose Menschen entstehen, die nicht oder nicht mehr über das Teilhabechancengesetz gefördert werden können.
- Im Landesprogramm „Kita-Modellprojekte“ stehen insgesamt 1,4 Millionen Euro zur Verfügung, von denen Bremerhaven 50 Prozent erhält, um damit ein flexibles Betreuungsangebots für Kinder von Jobcenter-Kund:innen aufzubauen.

Aus dem Gesamtbudget von 50 Millionen Euro der Ausbildungsverbände zur Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen erhält Bremerhaven zur Umsetzung des kommunalen Seestadtverbundes fast 50 Prozent. Damit werden in den genannten Programmen zur Arbeitsmarktförderung in Bremerhaven im Einzelnen die folgenden Projektinhalte umgesetzt:

Im Programm Perspektive Arbeit für Frauen in Bremerhaven werden bis zu 30 geförderte Stellen für in der Corona-Pandemie arbeitslos gewordene Frauen geschaffen. Die Stellen entstehen in öffentlich relevanten Bereichen, die einen Fachkräftemangel haben. Während der bis zu 24-monatigen geförderten Beschäftigung sollen die teilnehmenden Frauen so qualifiziert werden, dass ihnen im Anschluss an das Programm die Aufnahme einer Regelbeschäftigung offensteht oder ein direkter Übergang in Weiterbildung oder Ausbildung erfolgt. Die Frauen werden dabei im Schulbereich als nicht unterrichtendes pädagogisches Personal und in Kindertagesstätten eingesetzt. Darüber hinaus wird eine Ausweitung des Programms auf den Bereich Öffentliche Sicherheit und Seniorenbetreuung, Hauswirtschaft und als Kinderpflegerinnen geprüft.

Im Programm „Perspektive Arbeit für Menschen mit Migrationshintergrund“ in Bremerhaven werden als Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen. Ansonsten liegen dieselben Projektvoraussetzungen wie bei Perspektive Arbeit Frauen vor. Es werden wie bei PAF vor allem Stellen in Schulen und Kitas entstehen, aber auch der Einsatz im Bereich Öffentliche Sicherheit wird geprüft.

Das Programm „Ausweitung von Angeboten der Jugendberufsagentur“ umfasst in Bremerhaven eine Aufstockung der Berufsorientierungskräfte an Schulen, um einen Teil der während der Corona-Pandemie weggebrochenen Berufsberatungsangebote der Agentur für Arbeit zu kompensieren. Außerdem werden Aktivitäten im Bereich Social Media der JBA Bremerhaven gefördert, um ihre Angebote transparenter und zugänglicher für die Zielgruppen zu machen.

Im Sonderprogramm „Perspektive Arbeit Bremerhaven“ sollen 50 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen für langzeitarbeitslose Menschen entstehen, die nicht oder nicht mehr über das Teilhabechancengesetz gefördert werden können. Im Programm sind vielfältige Einsatzgebiete im Gartenbau, als Hauswarte, in Seniorentreffpunkten, Kita, Schule, Jugendförderung und Tourismus vorgesehen. Im Kontext des großen Programms „Ausbildungsverbünde“ werden in Bremerhaven zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze im Seestadtverbund „Ausbildung Plus“ mehr als 250 junge Menschen in unterschiedlichen Berufsfeldern auf dem Weg in Ausbildung sowie während ihrer Ausbildung gefördert.

**Zu Frage 2:** Vor dem Hintergrund der besonderen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen in Bremerhaven, wie der hohen Langzeitarbeitslosigkeit und zu geringen Anzahl an Ausbildungsplatzangeboten, hält der Senat den in den Landesprogrammen des Bremen-Fonds umgesetzten Bremerhavener Anteil in Höhe von zum Teil bis zu 50 Prozent der Gesamtmittel für angemessen und erforderlich. Die Schwerpunktsetzung der jeweiligen Mittelkonzentration der Programme des Bremen-Fonds erfolgt immer in enger Abstimmung mit dem Magistrat.

Dabei bewertet der Senat die in Bremerhaven umgesetzten Programminhalte alle sehr positiv, da diese durch Ausbildung und Umschulung sowie ergänzende Kinderbetreuung zur Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven insbesondere von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund sowie zur Gewinnung zukünftiger Fachkräfte beitragen. Außerdem wird die Kompensation weggebrochener Angebote im Berufsbildungsbereich für sehr relevant erachtet.

### **Förderprogramm Lastenräder**

**Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE**

**Wir fragen den Senat:**

1. Sieht der Senat noch Überarbeitungsbedarf am Lastenradförderprogramm für Bremen, das am 20. April 2022 an den Start gehen soll?
2. Wieso gilt die Lastenradförderung nur für die Stadt Bremen und gibt es Gespräche des Senats mit dem Magistrat um Lastenräder auch in der Stadtgemeinde Bremerhaven aus Kommunal- oder Landesmitteln zu fördern?
3. Wieso werden im Förderprogramm Lastenräder nur die Neuanschaffung, nicht aber der Kauf gebrauchter Transporteinheiten gefördert und gibt es Pläne diesen Abschluss noch dahingehend zu ändern, dass auch gebrauchte Lastenräder förderfähig sind, insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Preise bei Neuanschaffung und des Ressourcenverbrauchs?

### **Antwort des Senats**

**Zu Frage 1:** Das Förderprogramm orientiert sich an Erfahrungen anderer Städte mit entsprechenden kommunalen Förderprogrammen. Es wurden jedoch für Bremen spezifische Anpassungen vorgenommen, beispielsweise hinsichtlich der Förderung von Lasten-Anhängern, der Förderquoten und -höhen, der erhöhten Förderung bei Vorlage des Bremen-Passes sowie dem vorzeitigen Maßnahmenbeginn.

Das Förderprogramm ist planmäßig mit einem Beratungsangebot am 1. April 2022 und dem Antragszeitraum am 20. April 2022 angelaufen und wird zum Ende evaluiert werden.

**Zu Frage 2:** Die Lastenradförderung ist ein kommunales Programm der Stadt Bremen. Ein Programm der Stadt Bremerhaven ist eigenständig möglich. Das kommunale Programm der Stadt Bremen zur Förderung der Lastenradnutzung besteht aus den beiden zusammenhängenden Modulen:

- a. finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung von Lastenrädern und Fahrrad-anhängern sowie
- b. Ausbau eines stationsgebundenen Lastenrad-Sharing-Angebotes.

Die Planung und Umsetzung von Stationen beim Lastenrad-Sharing ist eine ausschließlich kommunale Angelegenheit, daher ist das nicht als Landesprogramm umsetzbar.

In der Bearbeitung des Förderprogramms für Lastenräder wurden intensive Erfahrungen zur organisatorischen, rechtlichen und kommunikativen Abwicklung gesammelt, die auch im Rahmen des fachlichen Austauschs mit Bremerhaven geteilt werden.

**Zu Frage 3:**

Auch in anderen Förderprogrammen für die Beschaffung von Fahrzeugen werden nur Neuanschaffungen gefördert, nicht zuletzt um Missbrauchsmöglichkeiten zu minimieren. Beispielsweise ist der Weiterverkauf und die erneute Förderantragstellung zu verhindern. Aus Gründen sowohl des Platzverbrauchs als auch des günstigeren Anschaffungspreises fördert die Stadt Bremen auch ausdrücklich Fahrradanhänger. Ebenso erlaubt das im gleichen Förderzusammenhang stehende Modul des Lastenrad-Sharings den effizienten und sozial sehr